

Europäische Hochschulschriften

Rechtswissenschaft



Maximilian Lasson

Kollektivrechtliche Investitionsvereinbarungen

Inhaltsverzeichnis

A. Das praktische Problem	25
B. Beteiligte und Inhalt kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen	29
I. Beteiligte der Vereinbarung.....	29
II. Untersuchte Inhalte kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen	30
1. Auswahl der untersuchten Gegenstände	30
2. Zugeständnisse der Arbeitgeberseite	31
a) Zusage konkreter Investitionsmaßnahmen.....	31
b) Befristeter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen...	32
c) Sanierungsanteil des Managements	33
d) Formwechsel.....	33
e) Standortgarantie	34
3. Zugeständnisse der Arbeitnehmerseite	34
a) Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich.....	34
b) Lohnkürzung bei unveränderter Arbeitszeit	35
c) Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechend verringertes Vergütung	35
4. Wechselwirkungen zwischen den gegenseitigen Zugeständnissen.....	36
C. Vereinbarungen zwischen Einzelarbeitgeber und Gewerkschaft	37
I. Rechtsnatur: Tarifvertrag oder schuldrechtlicher Koalitionsvertrag?	37
1. Inhalt und Umfang der Regelungsmacht der Tarifparteien.....	37
a) Normative Regelungen in Tarifverträgen.....	37
aa) Individualnormen	38
bb) Betriebsbezogene Normen.....	39
cc) Doppelnormen.....	40
b) Schuldrechtliche Regelungen in Tarifverträgen	40
c) Schuldrechtlicher Koalitionsvertrag	41
aa) Abgrenzung vom schuldrechtlichen Tarifvertrag: Reichweite der schuldrechtlichen Tarifmacht	41

bb)	Keine Verdrängung der allgemeinen Vertragsfreiheit durch die schuldrechtliche Tarifmacht	46
cc)	Fazit zum schuldrechtlichen Koalitionsvertrag.....	49
2.	Einordnung der einzelnen Regelungsinhalte.....	49
a)	Investitionsvereinbarung als schuldrechtlicher Koalitionsvertrag	49
aa)	Investitionszusage keine Individualnorm	50
bb)	Investitionszusage keine Betriebsnorm	50
aaa)	Unternehmerfreiheit als Auslegungsschranke bei der Umfangsbestimmung der Tarifautonomie	50
bbb)	Schutzbereich der Unternehmerfreiheit	51
i.	Grundlage in Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 oder Art. 2 Abs. 1 GG?	51
ii.	Persönlicher Schutzbereich der Unternehmerfreiheit	52
iii.	Sachlicher Schutzbereich der Unternehmerfreiheit	53
ccc)	Eingriff durch Erstreckung der Tarifmacht auf unternehmerische Grundentscheidungen.....	53
ddd)	Keine Eingriffsrechtfertigung: Ausgleich von Unternehmerfreiheit und Tarifautonomie im Wege praktischer Konkordanz	54
cc)	Fazit: Investitionszusage nur als außertarifliche Vereinbarung.....	60
b)	Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen als Betriebsnorm.....	60
c)	Arbeitszeitregelung als Inhaltsnorm	63
d)	Entgeltregelung als Inhaltsnorm.....	68
e)	Sanierungsanteil des Managements i.d.R. als schuldrechtliche Koalitionsvereinbarung	69
f)	Formwechselversprechen als schuldrechtliche Koalitionsvereinbarung	70
g)	Standortgarantie als schuldrechtliche Koalitionsvereinbarung	71

h)	Fazit: typengemischte Vereinbarung mit tariflichen und allgemein-schuldrechtlichen Elementen	72
II.	Grenzen der Regelungsmacht	72
1.	Unternehmerfreiheit als materielle Grenze auch für schuldrechtliche Investitions- und Standortzusagen?	73
a)	Grundrechtsverzicht als Grundrechtsausübung.....	73
b)	Unverzichtbarkeit der Unternehmerfreiheit gem. § 113 BetrVG?	74
c)	Investitions- und Standortzusagen als sittenwidrige Knebelung des Arbeitgebers i.S.d. § 138 BGB?.....	76
d)	§ 76 AktG als Grenze für Investitions- und Standortzusagen?	79
e)	Keine Schranken im GmbH-Recht	83
f)	Keine Schranken im Recht der Personengesellschaften	84
g)	Fazit zur Disponibilität der Unternehmerfreiheit	84
2.	Mitunternehmerschaft der Gewerkschaft und Verlust der Gegnerfreiheit?.....	85
3.	Fehlendes unternehmerisches Risiko der Gewerkschaft.....	88
4.	Europarechtliche Grenzen von Investitions- und Standortzusagen	89
a)	Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	89
b)	Niederlassungsfreiheit, Artt. 49, 54 AEUV	90
5.	Unternehmerfreiheit als Grenze des tariflichen Kündigungsverzichts	90
6.	Berufs- und Arbeitsvertragsfreiheit als Grenzen tariflicher Arbeitszeitregelungen.....	91
a)	Vorübergehende Arbeitszeitreduzierung tariflich regelbar?	91
aa)	Kurzarbeitsregelung als Höchstarbeitsbedingung ...	91
bb)	Beschäftigungssicherung als Eingriffsrechtfertigung.....	93
cc)	Kurzarbeit keine Teilzeitarbeit.....	95
dd)	Keine Relevanz des Günstigkeitsprinzips.....	96
ee)	Zulässiger Reduzierungsumfang.....	97
ff)	Fazit zur Arbeitszeitreduzierung.....	97
b)	Vorübergehende Arbeitszeitverlängerung tariflich regelbar?	98

aa)	Mehrarbeitsregelung als Mindestarbeitsbedingung	98
bb)	Beschäftigungssicherung als Eingriffsrechtfertigung.....	99
cc)	Keine Verletzung des § 8 TzBfG	100
dd)	Keine Relevanz des Günstigkeitsprinzips.....	100
ee)	Zulässiger Verlängerungsumfang.....	102
ff)	Fazit zur Anordnung von Mehrarbeit	102
7.	Berufs- und Arbeitsvertragsfreiheit als Grenzen tariflicher Entgeltkürzungen.....	102
III.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch die Gewerkschaft.....	103
1.	Schuldrechtlicher Koalitionsvertrag nicht erstreikbar	103
2.	Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen nicht erstreikbar	105
a)	Keine umfassende Erzwingbarkeit von Tarifinhalten.....	105
b)	Grundrechtsbindung der Tarifparteien	106
c)	Zurücktreten des Streikrechts gegenüber der unternehmerischen Freiheit	107
3.	Unternehmerfreiheit als zusätzliches Kampfverbot bei Investitions- und Standortzusagen	109
4.	Beeinflussung des Unternehmerverhaltens als verstecktes Kampfziel.....	110
a)	Alibistreik um tarifliche Sozialplaninhalte.....	110
aa)	Abschluss einer Investitionsvereinbarung als wahres Streikziel	110
bb)	Rechtskontrolle der wahren Streikziele.....	113
cc)	Fazit: Alibistreiks unzulässig.....	118
b)	Rechtswidrige Koppelung zulässiger Streikziele mit „Investitionsobliegenheiten“	119
5.	Niederlassungsfreiheit nach Artt. 49, 54 AEUV als Schranke des Streikrechts.....	120
6.	Kollektive Ausübung von Individualrechten	121
IV.	Zusammenfassung zu Vereinbarungen zwischen Einzelarbeitgeber und Gewerkschaft	121
D.	Vereinbarungen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaft	123
E.	Vereinbarungen der Betriebspartner.....	125
I.	Rechtsnatur	125

1.	Inhalt und Umfang der Regelungsmacht der Betriebspartner.....	125
a)	Regelungsinstrumente: Betriebsvereinbarung, Regelungsabrede, Interessenausgleich	125
b)	Funktionelle Zuständigkeit des Betriebsrats.....	126
2.	Einordnung der einzelnen Regelungsinhalte.....	127
a)	Investitionszusage als Regelungsabrede.....	127
b)	Standortgarantie als Regelungsabrede	130
c)	Arbeitszeitregelungen nur eingeschränkt als Betriebsvereinbarung möglich	131
d)	Entgeltregelungen: Spielraum für Betriebsvereinbarungen.....	135
e)	Sanierungsanteil des Managements außerhalb der funktionellen Zuständigkeit des Betriebsrats.....	137
f)	Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen als freiwillige Betriebsvereinbarung.....	137
g)	Formwechselzusage außerhalb der funktionellen Zuständigkeit des Betriebsrats.....	138
h)	Fazit: typengemischte Vereinbarung mit normativen und schuldrechtlichen Elementen	140
II.	Grenzen der Regelungsmacht	140
1.	§ 113 BetrVG: Zwingende Unverbindlichkeit von Investitions- und Standortzusagen?.....	140
2.	Tarifvorrang nach § 87 Abs. 1 Eingangssatz BetrVG und Tarifsperre nach § 77 Abs. 3 BetrVG.....	146
3.	Bei grenzüberschreitendem Bezug: Keine Bevorzugung deutscher Unternehmensstandorte gegenüber solchen im EU-Ausland.....	147
4.	Sonstige Grenzen wie bei Vereinbarungen der Tarifpartner	149
III.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch den Betriebsrat	149
IV.	Zusammenfassung zu Vereinbarungen zwischen den Betriebspartnern	151
F.	Vereinbarungen zwischen Gewerkschaft und einem künftigen Investor	153
I.	Rechtsnatur der Vereinbarung.....	153
1.	Wechsel der Arbeitgeberstellung beim Asset Deal	153

2.	Kontinuität der Arbeitgeberstellung beim Share Deal	154
3.	Arbeitgeberstellung bei übertragender Umwandlung.....	154
II.	Erzwingbarkeit der Vereinbarung durch die Gewerkschaft.....	155
G.	Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und einem künftigen Investor	157
H.	Mehrgliedrige Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber, Gewerkschaft, Betriebsrat und sonstigen Parteien.....	159
I.	Gemeinsames Vorgehen aller Interessensträger	159
II.	Beteiligte der Vereinbarung.....	159
III.	Rechtsnatur mehrgliedriger Vereinbarungen	160
1.	Verbindung getrennter Vereinbarungen in einer Urkunde	160
2.	Einheitliche Vereinbarung mehrerer Parteien.....	161
IV.	Grenzen der Regelungsmacht im Rahmen mehrgliedriger Vereinbarungen	163
1.	Kein „Gebot der Rechtsquellenklarheit“ bei Beteiligung von Gewerkschaft und Betriebsrat	163
2.	Kein „Gebot der Rechtsquellenklarheit“ bei mehrgliedrigen Vereinbarungen auf derselben Normebene.....	168
I.	Durchsetzung kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen	169
I.	Primäransprüche der Arbeitnehmerseite	169
1.	Erfüllung der Investitionsverpflichtung	169
a)	Anspruchsinhalt: Fehlende Bestimmtheit hindert Durchsetzung.....	169
b)	Prozessuales.....	171
2.	Unterlassung abweichenden Investitionsverhaltens	173
3.	Unterlassung der Standortschließung oder -verlagerung.....	174
4.	Unterlassung betriebsbedingter Kündigungen.....	175
II.	Einwendungen und Einreden des Arbeitgebers	175
1.	Ausschluss des Leistungsanspruchs gem. § 275 Abs. 1 BGB.....	176
2.	Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitgebers nach § 275 Abs. 2 BGB.....	177
III.	Sekundäransprüche der Arbeitnehmerseite.....	179
1.	Arbeitsplatzverlust einzelner Arbeitnehmer infolge Nichterfüllung der Investitions- oder Standortzusage: Kein Schadensersatz gem. §§ 280ff. BGB.....	179

2.	Rückgewähr von Arbeitnehmeropfern bei Nichterfüllung des Investitionsversprechens?	181
a)	Kein Schadensersatz gem. §§ 280ff. BGB	181
b)	Keine Rückabwicklung gem. §§ 323, 346ff. BGB.....	181
aa)	Anwendbarkeit der §§ 346ff. BGB auf Tatbestandsseite.....	182
bb)	Anwendbarkeit der §§ 346ff. BGB auf Rechtsfolgenseite.....	184
c)	Keine Rückabwicklung gem. § 326 Abs. 1, 4 BGB i.V.m. §§ 346ff. BGB bzw. § 326 Abs. 5 BGB i.V.m. §§ 323, 346ff. BGB bei Unmöglichkeit der Investitionsleistung.....	186
d)	Keine Ansprüche aus Bereicherungsrecht.....	187
3.	Fazit: Bedürfnis nach vertraglichen Lösungen.....	188
IV.	Ansprüche des Arbeitgebers.....	188
J.	Vertragliche Sanktionsmechanismen als Alternative zu fehlenden Primär- und Sekundäransprüchen.....	191
I.	Vertragsstrafen als Druckmittel für die Erfüllung schuldrechtlicher Investitionszusagen	191
1.	Verhaltenslenkung als Zweck des Strafversprechens.....	191
2.	Rechtsnatur von Vertragsstrafenvereinbarungen.....	193
a)	Strafversprechen des Einzelarbeitgebers gegenüber der Gewerkschaft.....	193
b)	Strafversprechen des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat.....	193
3.	Verwirkung der Strafe.....	197
a)	Freie Vereinbarkeit der strafauslösenden Bedingung.....	197
b)	Bestimmtheit der Strafabrede	198
c)	Arbeitgeberverschulden als unabdingbare Voraussetzung des Strafverfalls	200
d)	Unmöglichkeit der Investitionsleistung: Auswirkungen auf die Strafe	201
aa)	Nachträgliche Unmöglichkeit: Strafverfall bei Verschulden.....	201
bb)	Kein Strafverfall bei anfänglicher Unmöglichkeit	202
cc)	Keine Unmöglichkeit bei Finanzierungsproblemen	203

e)	Verhältnis von Erfüllung und Strafe	203
4.	Grenzen von Strafvereinbarungen	204
a)	Akzessorische Unwirksamkeit des Strafversprechens gem. § 344 BGB.....	204
b)	Unwirksamkeit des Strafversprechens gem. § 138 BGB.....	205
aa)	Keine Kontrollsperrung des § 343 BGB hinsichtlich der Strafhöhe	205
bb)	Strafhöhe als Sittenwidrigkeitsmerkmal.....	205
cc)	Keine eigenständige Bedeutung der Unternehmerfreiheit	209
c)	Keine Begrenzung der Strafhöhe entsprechend § 23 Abs. 3 Satz 5 BetrVG.....	209
5.	Kontrolle des Strafverlangens	210
a)	Grundsätzlich keine geltungserhaltende Reduktion gem. § 343 BGB.....	210
b)	Ermessenskontrolle bei Verhängung der Strafe durch die Arbeitnehmerseite oder Dritte.....	211
c)	Ausnahmsweise Unwirksamkeit des Strafverlangens gem. § 242 BGB.....	211
II.	Aufschiebend bedingte Arbeitnehmeropfer bei Investitionsobliegenheit	212
III.	Vertragliche Rückabwicklungsklauseln bei Vorleistung der Arbeitnehmer	213
1.	Gerechter Ausgleich von Leistungsstörungen als Zweck von Rückabwicklungsklauseln	215
2.	Mögliche Rückabwicklungsmodalitäten	215
3.	Kein Einwendungsdurchgriff.....	216
IV.	Kombination von Strafe und vertraglichem Rückabwicklungsanspruch	217
K.	Rechtsfolgen bei Unwirksamkeit einzelner Regelungskomplexe	219
I.	Schicksal der Arbeitgeberverpflichtungen bei Unwirksamkeit der Arbeitnehmeropfer	219
II.	Schicksal der Arbeitnehmeropfer bei Unwirksamkeit von Arbeitgeberzugeständnissen	222
III.	Mehrgliedrige Vereinbarungen: Schicksal der nichtbetroffenen Vereinbarung bei Unwirksamkeit der anderen.....	223

IV.	Auswirkungen eines unwirksamen Strafversprechens	224
L.	Beendigung kollektivrechtlicher Investitionsvereinbarungen	227
I.	Keine Nachwirkung gem. § 4 Abs. 5 TVG, § 77 Abs. 6 BetrVG	227
II.	Beendigung durch Zeitablauf, auflösende Bedingung oder einvernehmliche Aufhebung	229
III.	Kein automatischer Untergang der schuldrechtlichen Arbeitgeberzusagen durch Ablösung der Arbeitnehmeropfer	230
IV.	Beendigung durch Anfechtung	231
V.	Beendigung durch Kündigung	232
1.	Kündigungsberechtigte	232
2.	Beendigung durch ordentliche Kündigung	233
3.	Beendigung durch außerordentliche Kündigung	234
a)	Abgrenzung der Kündigungsmöglichkeiten nach § 313 Abs. 3 Satz 2 BGB und § 314 BGB	234
b)	Mögliche Kündigungsgründe	236
aa)	Arbeitnehmerseite: insbesondere Leistungsstörungen	236
bb)	Arbeitgeberseite: insbesondere wirtschaftliche Schwierigkeiten	237
cc)	Unwirksamkeit einer von mehreren Parallelvereinbarungen	240
4.	Beendigungsmöglichkeit nicht abdingbar	240
VI.	Schicksal der Investitionsvereinbarung in der Insolvenz	241
1.	Kein Sonderkündigungsrecht des Insolvenzverwalters	241
2.	Erfüllungsverweigerung durch den Insolvenzverwalter	242
3.	Betriebsbedingte Kündigungen durch den Insolvenzverwalter	243
VII.	Schicksal der Investitionsvereinbarung bei Betriebsübergang	244
1.	Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft	244
2.	Vereinbarungen der Betriebsparteien	246
VIII.	Schicksal der Investitionsvereinbarung bei Umwandlung	247
M.	Thesenartige Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	249
	Literaturverzeichnis	255
	Praxisvereinbarungen	255
	Literatur	255